

2/2009 SCHWERPUNKT KLIMASCHUTZ

Ein intelligentes und grenzüberschreitendes Stromnetz. Seite 3

Blaupause für ehrgeiziges Klimaabkommen. Seite 5

Aktion: Online-Diskussion zu CCS. Seite 6

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

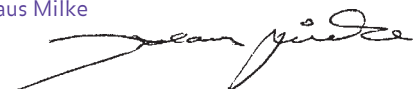
„Politik braucht Weitblick“ – mit diesem Slogan brachte Germanwatch schon vor einigen Jahren seine Arbeit auf den Punkt. Sowohl in zeitlicher als auch räumlicher Dimension versuchen wir, stets über den Tellerrand hinauszublicken. Dies hat uns dazu motiviert, unserer Zeitung von nun an den Titel „WEITBLICK“ zu geben.

Ein solcher Weitblick wurde mir gerade als Teilnehmer des 3. Chinesisch-Deutschen Umweltforums in der südchinesischen Sechsmillionen-Einwohner-Stadt Foshan ermöglicht. Es ist faszinierend zu sehen, in welcher Geschwindigkeit in dem bevölkerungsreichsten Land der Welt Veränderungen vorstatten gehen.

Schnellstmögliche und umfassende Transformationen im Energie-, Mobilitäts- und Produktionssystem genauso wie in den Konsummustern werden inzwischen als unumgänglich angesehen. Mit großem Selbstbewusstsein und Sachverstand gehen die chinesische Führung, der dortige Wirtschaftssektor, aber auch die wachsende chinesische Zivilgesellschaft diese Aufgaben an und laden die wertgeschätzte deutsche Politik und Wirtschaft dazu ein, daran angemessen teilzunehmen.

Diese Möglichkeiten müssen von uns noch aktiver genutzt werden, damit wir dem Ziel hin zu einer Low-Carbon- (in China) und einer Zero-Carbon-Gesellschaft (bei uns) auf der Basis von hundert Prozent Erneuerbaren Energien mit großen Schritten näher kommen können.

Klaus Milke



G8-GIPFEL IN ITALIEN: Signal für Klimapartnerschaft oder Krise der Klimadiplomatie?

Pokerspiel um Lebensgrundlagen heutiger und künftiger Generationen



Beim Klimaaktionstag und Development and Climate Day am 6. Juni in Bonn entstand ein menschliches Ausrufezeichen: Ja, Ihr könnt! Mehr als 500 Menschen engagierten sich, um die PolitikerInnen dazu aufzufordern, ein Limit von 350 ppm Kohlendioxid in der Atmosphäre und damit ernsthaften Klimaschutz zu beschließen. © dpa-Report

Im Dezember sollen rund 190 Staaten in Kopenhagen mit einem globalen Abkommen eine Antwort auf die schnell anschwellende weltweite Klimakrise geben. Ab dem 8. Juli, fünf Monate vorher, treffen sich in Italien die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, um beim G8-Gipfel und direkt im Anschluss daran beim „Forum der Großen Volkswirtschaften“ (MEF) die entscheidenden Eckpunkte des Kopenhagenabkommens zu diskutieren. Damit rückt das Thema nach eifrigen, aber zähen Verhandlungen auf der technischen Ebene wieder auf die Ebene der Regierungschefs. Dort muss in den nächsten drei Monaten – bis zur UN-Generalversammlung am 22. September – der Schwung entstehen, der zu einem wegweisenden globalen Klimaabkommen führen könnte.

Doch noch ist vollkommen offen, ob wir beim G8-Gipfel und letztlich beim Klimagipfel in Kopenhagen eine Krise der Klimadiplomatie oder einen Durchbruch zu einer globalen Klimapartnerschaft erleben werden. Immer mehr Beobachter des schwerfälligen Verhandlungsprozesses diskutieren Krisenszenarien. Klar ist hingegen: Die Natur lässt nicht mit sich

verhandeln. Wenn die Politik versagt, kann Kopenhagen zur Sterbehilfe für die Eispanzer auf Grönland, die Gletscher des Himalaya – den Wasserturm Asiens – sowie den Amazonas-Regenwald werden.

Drei Krisen auf einen Schlag bekämpfen

Wenn Barack Obama und Silvio Berlusconi gemeinsam das MEF eröffnen, stehen auch ihre sehr unterschiedlichen Interpretationen des Zusammenhangs von Wirtschafts- und Klimakrise zur Debatte. Bei den Verhandlungen zum EU-Energie- und Klimapakett im Dezember 2008 meinte Silvio Berlusconi: „Wer eine Lungenentzündung hat, sollte sich nicht um seine Dauerwelle kümmern.“ Kurzum: Jetzt haben wir Wichtigeres zu tun, als das Klima zu schützen. Barack Obama hingegen hat seit seinem Amtsantritt stets die Notwendigkeit massiver Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien betont: als Antwort auf drei Krisen – der Wirtschaft, der Energiesicherheit und -preise sowie des Klimas. Die internationale Klimaschutzdynamik wird maßgeblich davon abhängen, welche Sichtweise sich durchsetzen wird. ▶

Das unter Federführung der Münchener Rück am 13. Juli neu entstehende DESERTEC-Industrie-Konsortium ist bereit, 400 Milliarden Euro in die Solarkooperation zwischen Europa und Nordafrika zu investieren, wenn der politische Rahmen gesetzt wird. Die US-Regierung führt derzeit bilaterale Gespräche mit China, das gerade seine Erneuerbaren-Energien-Ziele deutlich gesteigert hat, um eine noch größere technologische Dynamik anzustoßen. Im selben Sinne warb Ernst-Ulrich von Weizsäcker vor kurzem beim 3. Deutsch-Chinesischen Umweltforum in China darum, "dass Deutschland und China sich an die Spitze der Entwicklung eines neuen langfristigen Wachstumszyklus setzen, der zentral mit Ressourcenproduktivität, Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft befasst ist". Bilaterale Abkommen können einen solchen globalen Wettlauf initiieren. Kopenhagen könnte der Kipp-Punkt sein, um eine weltweite Strategie in diesem Sinne einzuläuten.

Klimaherausforderungen für den G8- und MEF-Gipfel

Beim G8-Gipfel geht es jetzt darum,

■ ob sich die Industriestaaten dazu durchringen können, die Klimaschutzbemühungen am Stand der Wissenschaft zu orientieren. Konkret heißt das, den Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad Celsius zu begrenzen. Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse deuten darauf hin, dass sogar eine Begrenzung auf 1,5 Grad notwendig sein könnte.

■ ob sich die Industriestaaten dazu bereit erklären, das notwendige finanzielle Unterstützungspaket zu schaffen, um Entwicklungsländern die große technologische Transformation zu einem Wohlstandsmodell fast ohne Emissionen zu ermöglichen, den Raubbau an den Tropenwäldern zu stoppen und den besonders verletzlichen Staaten die Anpassung an den unvermeidlichen Teil des Klimawandels zu ermöglichen. Die vorliegenden Studien zeigen, dass hierfür etwa 115 Milliarden Euro jährlich an öffentlichen Mitteln benötigt werden.

■ ob die Industrieländer bereit sind, als Notfallmaßnahme schon ab 2010 jährlich knapp zwei Milliarden Euro bereitzustellen, um die Nationalen Anpassungsprogramme in den ärmsten Entwicklungsländern, die zugleich besonders vom Klimawandel betroffen sind, zu finanzieren. Dieser Schritt ist auch zentral, um Vertrauen der Entwicklungsländer in den Klimagipfel in Kopenhagen aufzubauen.

Beim anschließenden MEF – also dem Gipfel der großen Industrie- und Schwellenländer – käme es einem Durchbruch gleich,

■ wenn sich die Staaten dazu verpflichteten, bis Dezember nationale Langfrist-Klimastrategien zu entwickeln. Für die Industrieländer geht es um „Null-Emissions-Aktionspläne“, die – mit ambitionierten Mittelfristzielen – zeigen, wie bis 2050 die Emissionen um 95 Prozent reduziert werden können. Für die Schwellenländer geht es um „Niedrig-Emissions-Entwicklungspläne“, also darum, wie die ökonomischen und sozialen Entwicklungsziele mit immer weniger Emissionen erreicht werden können.

■ wenn gemeinsam ambitionierte Technologie-Aktions-Programme für den massiven Einsatz wichtiger Klimaschutz-Technologien für Entwicklungs- und Schwellenländer angestoßen würden. Es sollte um Technologiepartnerschaften in Bereichen wie solarthermische Kraftwerke, intelligente Stromnetze, CO₂-Abscheidung und -Lagerung, energieeffiziente Gebäude, Beobachtungssysteme für Wälder oder Frühwarnsysteme gegen Wetterextreme gehen.

■ wenn sich die Industrieländer bereit erklärten, Klimaschutzmaßnahmen der Entwicklungs- und Schwellenländer schon ab 2010 teilweise zu finanzieren, sofern diese entsprechende Vorschläge bereits Ende 2009 vorlegen. Die Teilfinanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Schwellen- und Entwicklungsländern ab 2013 ist ein, viele würden sagen der Kernpunkt des angestrebten Kopenhagen-Abkommens. Ein Schnellstart würde dem Klima helfen, aber auch den Klimaverhandlungen: Er würde zeigen, dass zum einen die Schwellenländer zu ernsthaftem Klimaschutz und zum anderen die Industrieländer zur Finanzierung bereit sind.

Die Generation vor uns ahnte noch nicht, was sie tat. Der Generation nach uns bleibt nur, sich auf das Ausmaß einzustellen, in welchem wir den Klimawandel über sie verhängen. Die Regierungschefs von heute wissen, um was es geht, und können handeln. Heutige und künftige Generationen werden sie daran messen.

*Christoph Bals,
Politischer Geschäftsführer von Germanwatch*

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 monatlich halbjährlich jährlich den Betrag von _____ €
 (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht. Diese Einzugsmächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr. BLZ

Geldinstitut

Datum Unterschrift

Name Vorname

Straße / Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
 Selbstverständlich können Sie auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum auf S.8).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.

Ein intelligentes und grenzüberschreitendes Stromnetz



SuperSmart Grid könnte Erneuerbare Energien in ganz Europa verbinden

Mit Hilfe Erneuerbarer Energien könnte Europa zwei Ziele gleichzeitig erreichen: erhöhte Energiesicherheit und die Eindämmung des Klimawandels.

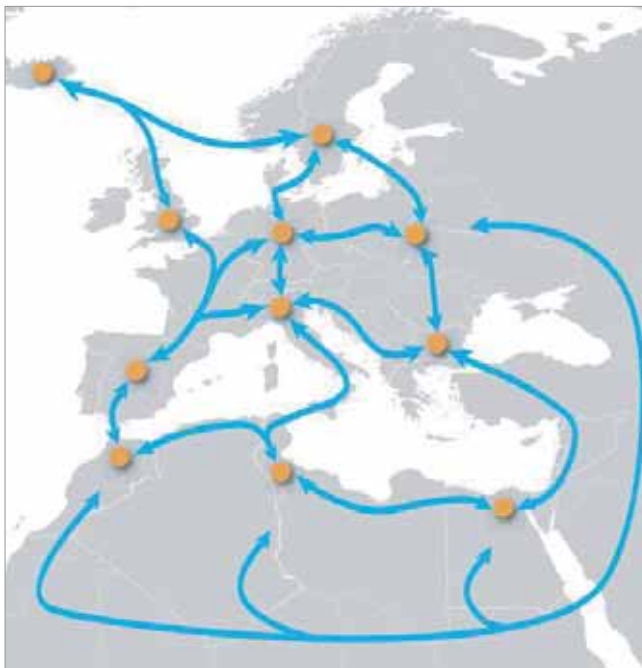
Strom aus Erneuerbaren Energiequellen – etwa Windkraft oder Solarstrom – steht allerdings nicht jederzeit im selben Ausmaß zur Verfügung, was zu Fluktuationen im Stromnetz führt. Darüber hinaus ist das bestehende europäische Energienetz nicht ausreichend in der Lage, auf den steigenden oder sich verändernden Energiebedarf zu reagieren. Hierfür gibt es verschiedene Lösungsansätze.

Zum einen wird vorgeschlagen, das Stromnetz so auszubauen, dass Elektrizität aus erneuerbaren Quellen über lange Strecken transportiert werden kann. Ein weiterer Vorschlag besteht in der dezentralisierten Produktion erneuerbarer Elektrizität aus kleinen Anlagen, beispielsweise Brennstoffzellen, Windkraft- oder Biogasanlagen – die in einem intelligenten Netz (engl. "Smart Grid") verbunden sind.

In den letzten Monaten hielt ein darauf aufbauender Ansatz zunehmend Einzug in die Debatte: das "SuperSmart Grid" (SSG). Dieser umfasst beide oben erwähnten Vorschläge und könnte bis 2050 ein Energiesystem ermöglichen, das zu 100 Prozent auf Erneuerbare Energien zurückgreift. Damit verbunden ist das Ziel, die globale Temperaturerhöhung auf weniger als zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Das Ziel der EU, bis 2020 den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 20 Prozent zu steigern, kann laut der neuen Erneuerbaren-Richtlinie auch mit Hilfe importierter Elektrizität erreicht werden. Eine Möglichkeit wäre neben der Nutzung von Wind in Nordeuropa und Biomasse östlich von Europa der Bau großer Solaranlagen in der Wüste Nordafrikas, wie ihn die von der Münchener Rück initiierte DESERTEC-Industrie-Initiative jüngst ins Spiel gebracht hat. In Nordafrika lässt sich Solarenergie wirtschaftlicher erzeugen als in Europa.

Das SSG begünstigt die Entwicklung eines integrierten europäischen Strommarkts. Daran ist die Hoffnung geknüpft, möglichst niedrige Preise für die Verbraucher und eine größere Verlässlichkeit des ganzen Systems zu erzielen. Paradoxerweise würde der Import erneuerbarer



Mit Hilfe des SuperSmart Grid soll eine hundertprozentige Stromversorgung durch Erneuerbare Energien in Europa ermöglicht werden. Ziel ist es, den massiven Ausbau dezentraler und zentraler Nutzung von Erneuerbaren Energien in Europa und angrenzenden Regionen optimal zu kombinieren. Die Vision kann schnell zur Realität werden: durch eine massive Förderung Erneuerbarer Energien, einen intelligenten Stromnetzausbau und eine verbesserte nationale sowie europäische Energierahmengesetzgebung.
© SuperSmart Grid

Elektrizität aus Nordafrika die Energiesicherheit vermutlich erhöhen, da er zu einer Diversifizierung der europäischen Energieimporte führen würde. Außerdem begünstigt der internationale Elektrizitätshandel die wechselseitigen Beziehungen und dadurch die Energiesicherheit, da Strom aus Erneuerbaren Energiequellen, im Gegensatz zu fossilen Energieträgern, weder auf Vorrat gelagert noch auf den Weltmärkten verkauft werden kann.

Aufgrund der erforderlichen großen Dimensionierung verspricht das SSG im Vergleich zu anderen Ansätzen hohe Kostenvorteile und niedrige Betriebskosten; dennoch stellt der Investitionsbedarf eine enorme Herausforderung dar, die politischen Willen und Führungsstärke erfordern wird. Nach heutiger Kostenlage betragen die Anfangsinvestitionen für solarthermische Stromerzeugungsanlagen in Nordafrika das bis zu Dreifache der Kosten für eine vergleichbare Steigerung der Energieversorgung mit Hilfe fossiler Energieträger (ohne die Abscheidung und Lagerung des CO₂ – CCS) in Europa – auch wenn die Kosten mit zunehmender Produktionsmenge vermutlich deutlich sinken würden:

■ Die Rentabilität dieser Investitionen hängt von Unterstützungsmechanismen für Erneuerbare Energien und von zukünftigen Preisen für fossile Brennstoffe ab. Momentan gibt es auf

europäischer Ebene keine Mechanismen für die Förderung importierter Erneuerbarer Energien, und die Preisentwicklung bei fossilen Brennstoffen lässt sich nicht abschätzen.

■ Bilaterale Vereinbarungen zur Förderung Erneuerbarer Energien eignen sich nicht für den Import großer Strommengen, die benötigt werden, um Kosteneffekte auszunutzen und die Ziele für die notwendige Treibhausgasreduktion erreichen zu können.

■ Großangelegte Importe nach Europa sind wahrscheinlich für nordafrikanische Länder politisch nur dann attraktiv, wenn sie auch dazu beitragen, den steigenden lokalen Energiebedarf ebenfalls aus modernen erneuerbaren Energiequellen zu decken.

■ Um Elektrizität über nationale und lokale Grenzen hinaus zu transportieren, wird ein rechtliches Rahmenwerk benötigt.

Weitere Informationen:
www.supersmartgrid.net

*Antonella Battaglini,
Wissenschaftlerin am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Projektleiterin SuperSmart Grid am European Climate Forum*

Eine ungeliebte, aber vermutlich notwendige Technologie



Moratorium für Kohlekraftwerke, solange Nachweis fehlt, dass CCS funktioniert

Die Folgen der Klimaänderung kommen schneller, und sie sind folgenreicher als noch vor wenigen Jahren gedacht. Dies war eine Kernaussage des Berichts des Weltklimarats IPCC aus dem Jahr 2007. Neueste Forschungsergebnisse zeigen, dass die Industrieländeremissionen bis 2050 um etwa 95 Prozent fallen müssen, um den globalen Temperaturanstieg mit großer Wahrscheinlichkeit unter der Großgefahrenschwelle von zwei Grad halten zu können. Auch die Emissionen in den Schwellenländern müssten – mit massiver finanzieller und technischer Unterstützung aus den Industrieländern – vor 2020 ihren Gipfel erreichen und anschließend abnehmen. Das ist ein höchst ambitioniertes Ziel in einer Zeit, in der ein großer Teil der Weltbevölkerung – alleine über zwei Milliarden Menschen in China und Indien – einen besseren Lebensstandard erreichen will, in den meisten Fällen einhergehend mit einer steigenden Energienachfrage. Der Kohleverbrauch ist in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts so schnell gewachsen wie nie zuvor.

Ziel ist der Ausstieg aus fossilen Energieträgern

Langfristiges Ziel bei der Stromerzeugung muss der Ausstieg aus fossilen Energieträgern sein. Wirklich nachhaltig sind über Jahrhunderte lediglich einige der Erneuerbaren Energien. Das Ziel der hundertprozentigen Stromversorgung durch Erneuerbare Energien kann erst im Laufe dieses Jahrhunderts erreicht werden. Mit Hilfe der Doppelstrategie eines drastischen Ausbaus der dezentralen Erneuerbaren Energien sowie des Imports von erneuerbarem Strom aus Nordafrika sowie Nord- und Osteuropa kann dieses Ziel in Europa bis Mitte des Jahrhunderts erreicht werden. Lange vorher kommt allerdings für die Industrieländer und später auch für die Schwellenländer keine „konventionelle“ Kohlenutzung mehr in Frage. In diesen Ländern hat die Kohle, wenn ernsthafte Klimaziele angestrebt werden, als Übergangstechnologie nur eine Zukunft, wenn das CO₂ abgeschieden und geologisch tiefgelagert (CCS) oder aber auf andere Weise noch sinnvoller entsorgt wird.

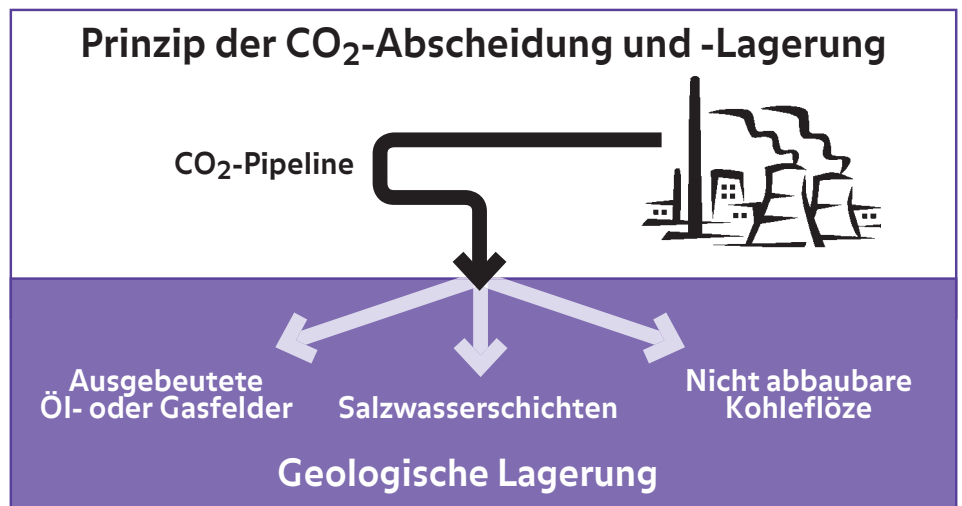
Moratorium für neue Kohlekraftwerke, solange CCS nicht verfügbar ist

Zwar sind längst die einzelnen Bestandteile von CCS im Einsatz, es ist allerdings noch nicht gesichert, dass das Gesamtkonzept in industriellem Maßstab einsatzfähig ist. Alle deut-

schen Umweltverbände sind sich einig, dass es, zumindest solange dies noch nicht anhand von CCS-Demonstrationskraftwerken gezeigt werden kann, ein Moratorium für den Bau neuer konventioneller Kohlekraftwerke geben sollte. Eine Stromlücke droht nicht – aufgrund der Wirtschaftskrise weniger denn je. Notfalls könnten alte Kohlekraftwerke für eine weitere Dekade modernisiert und effizienter umgebaut werden, bis andere Kraftwerke – mit Erneuerbaren Energien, Gas oder Kohle mit CCS – „übernehmen“ könnten.

Derzeit entsteht der Eindruck, dass bei den geplanten neuen Kohlekraftwerken der Hinweis auf eine spätere Nutzung von CCS oft nur als Argument genutzt wird, um jetzt Kraftwerke ohne CCS bauen zu können. Wer so agiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ein erhebliches Akzeptanzproblem in der Bevölkerung entsteht.

Hintergrundpapier und Foliensatz:
www.germanwatch.org/klima/ccsdeu09
 Manfred Treber



Die Grafik zeigt, wie CCS funktionieren könnte: Verschiedene CO₂-Speicherstätten kommen in Frage, beispielsweise ausgebeutete fossile Lagerstätten oder poröse, salzwasserführende Gesteinsschichten. © Gerold Kier/Dietmar Putscher

Erneuerbare Energien und CCS in China

Transformation des Energiesektors angestrebt

Die Nachrichten aus China bezüglich des Übergangs zu einer emissionsarmen Entwicklung überschlagen sich. Erst kürzlich hatte die Regierung angekündigt, massive Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien zu tätigen. Nun erhöhte sie ihr Ziel erneut: China will in den kommenden zwei Jahren im Schnitt jede Stunde ein zusätzliches Megawatt Windenergie installieren und damit das zunächst für 2020 aufgestellte Ziel bereits 2010 erreichen. Eine Denkfabrik der chinesischen Regierung hält es sogar für möglich, dass 2050 fast die Hälfte der in China genutzten Energie aus Erneuerbaren Energien stammt. Damit könnte ein großer Teil der Klimaziele

der chinesischen Regierung mit Hilfe des Ausbaus Erneuerbarer Energien erreicht werden. Dennoch: Neben Erneuerbaren Energien müsste die CO₂-Abscheidung und -Lagerung (CCS) ein zentrales Instrument für die Energie- und Klimasicherheit in China darstellen, wenn die rund um diese Technologie noch offenen Fragen, einschließlich der Lagersicherheit, gelöst werden können. Chinas wachsender Energiebedarf wird heute und voraussichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten zu einem großen Teil durch Kohle gedeckt. CCS birgt deshalb ein enormes Potenzial für Emissionsreduktionen in China, und erste Pilotprojekte testen in dem Land bereits heute diese Technologien.

Parallel dazu werden Möglichkeiten zur geologischen Tiefenlagerung überprüft. Chinas Transformation hin zur Nutzung klimafreundlicher Energiequellen hängt jedoch von der internationalen Kooperation ab. China erwartet, dass die Technologien u. a. für CCS zunächst in Kooperation mit den Industrieländern aufgebaut werden. Die EU plant derzeit die Förderung einer CCS-Anlage in China. Sowohl im Bereich der Erneuerbaren Energien und des dafür notwendigen Stromnetzes als auch für CCS gibt es zahlreiche Felder für eine Technologiekooperation der EU mit China.

Hintergrundpapier „CCS in China“
 (Englisch, mit ausführlicher deutscher Zusammenfassung):
www.germanwatch.org/klima/ccs-china-d
 Rixa Schwarz und Qian Cheng



Einführungspanel zum 3. Chinesisch-Deutschen Umweltforum. © Klaus Milke

Blaupause für ein ehrgeiziges Klimaabkommen in Kopenhagen



NRO-Experten legen Entwurf für rechtsverbindliches Klimaabkommen vor

Anlässlich der UN-Klimaverhandlungen im Juni in Bonn stellten Klimaexperten führender Nichtregierungsorganisationen (NRO) aus 20 Ländern, unter anderem von Germanwatch, einen Entwurf für ein rechtsverbindliches Kopenhagen-Abkommen vor. Damit legten sie die Messlatte für alle Staaten, die bis zum Ende dieses Jahres den Text für ein neues Klimaabkommen aushandeln müssen. Der Entwurf enthält ein voll ausgearbeitetes Kopenhagen-Protokoll, in dem alle notwendigen Elemente für ein faires und ambitioniertes globales Abkommen enthalten sind. Eine wichtige Grundlage sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu notwendigen Maßnahmen

für die Verminderung der globalen Erwärmung. So setzt der Vertragsentwurf eine Obergrenze für den Anstieg der Kohlendioxidemissionen anhand eines weltweiten Kohlenstoff-Budgets, das spezifisch für alle Länder – für die Industrieländer rechtlich verbindlich, für die Schwellenländer als Messlatte für die zugesagten und international unterstützten Klimaschutzmaßnahmen – festgelegt werden soll. Ein umfangreiches Paket soll darüber hinaus die besonders verletzlichen Staaten durch vorhersagbare Finanzunterstützung und einen internationalen Versicherungsmechanismus bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Außerdem soll ein politischer Prozess für

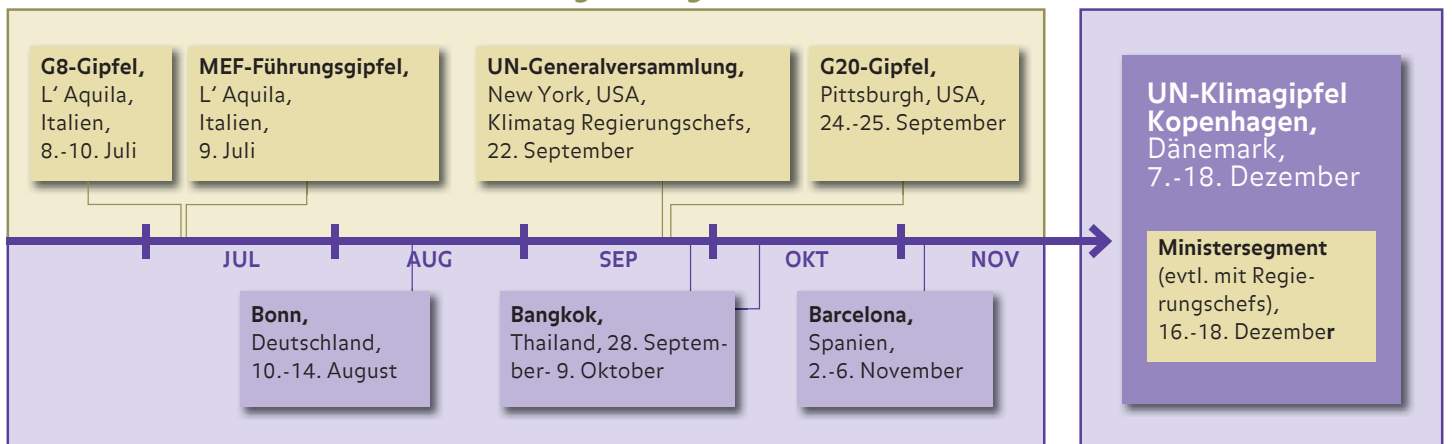
die Kompensation von langfristigen Klimaschäden gestartet werden.

Wenn in Kopenhagen ein ambitioniertes Abkommen gelingt, kann dies der Startpunkt für massive Investitionen in Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Anpassungstechnologien sein. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um gemeinsam die Klimakrise, die Wirtschaftskrise und die drohende Energiepreiskrise zu bekämpfen.

Weitere Informationen: www.germanwatch.org/presse/2009-06-08

Larissa Neubauer

Klimatreffen für Regierungschefs



UN-Klimaverhandlungen

PRO & KONTRA CCS

Die, eine oder keine Lösung für Klima- und Energiesicherheit?

Die Diskussion über die CO₂-Abscheidung und -speicherung (Carbon Dioxide Capture and Storage – CCS) gewinnt in Deutschland durch die Debatte um ein CCS-Gesetz, dessen Verabschiedung vorläufig gescheitert ist, an Intensität.

Die Meinungen darüber, ob die CCS-Technologie *die, eine oder keine Lösung* für die Klima- und Energiesicherheit sein kann, gehen weit auseinander.

Im Folgenden stellen wir einige der unterschiedlichen Argumentationsstränge dar. Auch Sie können mitdiskutieren – indem Sie sich online an unserer Aktion beteiligen (siehe unten).

MEINUNG

1. „CCS ist die Antwort auf die Herausforderung Klima- und Energiesicherheit. In den ersten Jahren dieses Jahrzehnts wies die klimaschädliche Kohle im Vergleich zu anderen fossilen Energieträgern weltweit die höchsten Wachstumsraten auf. Obwohl Länder wie China den Ausbau Erneuerbarer Energien deutlich schneller und intensiver vorantreiben als gehofft, bleibt für sie die Kohle Energiequelle Nummer eins. Ohne CCS werden die CO₂-Emissionen dieser Länder weiter drastisch anwachsen. Ehrgeizige Klimaziele können deshalb nur erreicht werden, wenn die weiterhin stattfindende Kohlenutzung an CCS gekoppelt wird.“

MEINUNG

2. „Eine Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien sollte angestrebt werden und ist im Stromsektor in wenigen Jahrzehnten möglich. Diese Zielsetzung verträgt sich aber nicht mit einem Energieversorgungssystem, das in großem Maß Kohle- und Kernkraftwerke einsetzt. CCS sollte deshalb in der Stromerzeugung nur als Brückentechnologie eingesetzt werden. Falls sich CCS im großtechnischen Test bewährt, wird es in Industrieländern wie Deutschland aber auch über die Kohleverstromung hinaus gebraucht, nämlich um die CO₂-Emissionen aus industriellen Prozessen (wie Stahl-, Zement- und Chemikalienproduktion) sowie aus der Biomassennutzung zu speichern. Für die Verminderung von CO₂-Emissionen aus den genannten industriellen Prozessen zeichnet sich auch längerfristig keine Alternative zu CCS ab.“

MEINUNG

3. „Die zukünftige Energieversorgung sollte ausschließlich auf Erneuerbaren Energien beruhen. Forschungsvorhaben zu CCS-Technologien bzw. Investitionen in die Speicherung und den Transport von CO₂ führen unweigerlich zu einer Verzögerung des notwendigen Umbaus des Energiesystems. CCS steht für ein ‚Weiter so‘, da die Technologie nur aufgebaut wird, um – mit dem vagen Versprechen auf eine spätere CCS-Nachrüstung – neue Kohlekraftwerke bereits jetzt bauen zu können. Sobald diese Kraftwerke gebaut sind, gibt es keinen Bedarf mehr für einen massiven Umbau des Energiesystems. Die CCS-Technologie ist außerdem mit großen Gefahren für Mensch und Umwelt verknüpft, da nicht abzusehen ist, wie sicher und leckagefrei die langfristige Speicherung von CO₂ ist.“

I H R E M E I N U N G

CCS – Sagen Sie Ihre Meinung!

Mit der Diskussion um das vorläufig gescheiterte CCS-Gesetz verbindet sich eine Vielzahl von Fragen: Wie können wir die notwendigen Klimaziele erreichen? Welche Rolle kann die CCS-Technologie bei der Transformation hin zu einer CO₂-freien Wirtschaftsweise spielen?

Können wir mit dieser Technologie unsere Energieversorgung sichern und zugleich das Klima schützen? Oder spielt die CCS-

Technologie lediglich die Rolle einer notwendigen Brückentechnologie, um langfristig unsere Energieversorgung durch Erneuerbare Energien zu sichern? Birgt die Technologie zu viele Risiken bezüglich der Durchführung? Wenn überhaupt, wann kann CCS eingesetzt werden?

Sie sind herzlich eingeladen, diese und weitere Fragen mit uns und weiteren Experten im Internet zu diskutieren.

Vom 14. bis 16. Juli können Sie Ihre Meinung äußern und Fragen stellen unter www.germanwatch.org/klima/ccsdisk.

Am 17. Juli werden wir gemeinsam mit den Experten den Diskussionsverlauf zusammenfassen und abschließend kommentieren.

Klicken Sie rein, wir freuen uns auf Sie!

für mich. für dich. fürs klima.

VerbraucherInnen machen und fordern Klimaschutz!

Unter dem Slogan „für mich. für dich. fürs klima.“ hat sich eine starke Allianz für den Klimaschutz zusammengefunden. Die 16 Verbraucherzentralen in den Bundesländern, Germanwatch, der Verkehrsclub Deutschland (VCD), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), der Deutsche Mieterbund (DMB) und der Verbraucher Service im Katholischen Deutschen Frauenbund (VS) ziehen darin an einem Strang: Sie wollen VerbraucherInnen für den Klimaschutz gewinnen.

Wie die Verbraucher Klimaschutz leicht umsetzen können, zeigt das Projekt durch Tipps und Hintergrundinformationen. Zudem vertritt die Allianz gegenüber Politik und Wirtschaft die Interessen der Verbraucher für einen Klimaschutz ohne Hürden. Thematische Schwerpunkte der Projektarbeit sind Mobilität, Ernährung, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Finanzanlagen. Dazu liefert Germanwatch in Schulungen und Broschüren Hintergrundwissen zu den

Ursachen und Folgen des Klimawandels bei uns und in den Ländern des Südens sowie zu nationaler, EU- und UN-Klimapolitik.

Verbraucher werden außerdem ermutigt und zugleich befähigt, sich für klimafreundliches Verhalten als Konsumenten, Wähler, Bürger und Geldanleger zu engagieren sowie klimafreundlichere Strukturen in unserer Gesellschaft einzufordern.

Mehr Informationen unter
www.verbraucherfuersklima.de

Stefan Rostock,
Koordinator der Germanwatch-Aktivitäten in diesem Gemeinschaftsprojekt



Postkartenwettbewerb: Wie umwelt- und sozialverträglich sind IT-Produkte?

Die sozialen und ökologischen Auswirkungen bei der Herstellung, Nutzung und Entsorgung von IT-Produkten sind oft nicht bekannt, und die IT-Industrie besitzt ein „sauberes“ Image. Mit Hilfe einer ansprechenden Postkarte sollen der Öffentlichkeit die sozialen und ökologischen Auswirkungen der IT-Produktion samt einer konkreten Handlungsoption näher gebracht werden. Die Postkarte soll also zwei Funktionen erfüllen: Aufklären und zum Handeln animieren. Insbesondere sollen Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen werden, die zur Hauptzielgruppe für Unterhaltungselektronik gehören. Für die drei besten Einsendungen wird ein Preisgeld von 1000, 500 und 300 Euro vergeben. Alle GewinnerInnen erhalten zudem eine Urkunde. Einsendeschluss ist der 20. Oktober 2009.

Weitere Informationen:
www.germanwatch.org/postkarte09



„Die Rechnung“: Neuer Germanwatch-Film auf Youtube

In dem vierminütigen Beitrag „Die Rechnung“ von Peter Wedel steht der CO₂-intensive Lebensstil eines Großstädtlers (gespielt von Benno Fürmann) im Gegensatz zu den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Menschen in Entwicklungsländern. Das Drehbuch zum Film zählt zu den Gewinnern eines Germanwatch-Drehbuchwettbewerbs zum Thema Klimawandel und Klimagerechtigkeit. Neben Benno Fürmann wirken die Schauspieler Bjarne Mädel, Christoph Link und Ina Paule Klink in dem Film mit.

Hintergründe zum Drehbuchwettbewerb und Download des Films:
www.germanwatch.org/klima/film09

Karikaturisten gesucht! Wettbewerb zu Klimagerechtigkeit

Germanwatch schreibt einen Karikaturenwettbewerb zum Thema „Klimagerechtigkeit“ aus. Die besten eingesandten Karikaturen sollen genutzt werden, um einerseits im Kontext der anstehenden **Bundestagswahl** Notwendigkeit und Möglichkeiten einer international gerechten deutschen Klimapolitik in Krisenzeiten zu thematisieren.

Der zweite zentrale Anlass ist der im Dezember stattfindende **UN-Klimagipfel in Kopenhagen**. Im Vorfeld und während der Konferenz wollen wir Karikaturen in

der öffentlichen politischen Arbeit einsetzen.

Es gelten zwei Einsendefristen: Für Vorschläge im thematischen Kontext der Bundestagswahlen der 31. August 2009, für deutsch- und englischsprachige Beiträge im Kontext der internationalen Klimadebatte mit Blick auf den UN-Klimagipfel im Dezember in Kopenhagen der 15. Oktober 2009.

Weitere Informationen unter
www.germanwatch.org/kari09

Termine

- **Bonn, 27./28.8.09:** Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik.
www.bonn-conference.nrw.de
- **Bonn, 31.8.-4.9.09:** Seminar: Lässt sich der Klimawandel noch steuern? Umweltveränderungen mit dem Fahrrad auf der Spur.
www.fes-forum-nrw.de
- **Hamburg, 16.-18.11.09:** Internationale Bürgermeister-Konferenz „Hamburg City Climate Conference 09“.
www.hamburg.de/start-conference
- **Berlin, 17./18.11.09:** Konferenz zu Entwicklung + Klima.
Infos: klima@germanwatch.org

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige globale Entwicklung. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00).
Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE31BER,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Anika Busch, Klaus Milke, Gerold Kier
Layout: Dietmar Putscher, Köln
Auflage: 95.000

Gefördert vom Umweltbundesamt und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich).
www.germanwatch.org/zeitung
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/kliko
- Hintergrundpapier: Bundestags- und Europaparlamentswahlen 2009: Wirtschafts- und klimapolitische Denk-Punkte von Germanwatch. Kostenlos.
www.germanwatch.org/klima/wahl2009
- Memorandum 2009. Entwicklungspolitik in der Zeit weltweiter Krisen. Kostenlos.
www.germanwatch.org/pubdiv/memo09
- Hintergrundpapier: CCS in China (Englisch). 5 Euro.
www.germanwatch.org/klima/ccs-china-d
- Artikel: Wie klimafreundlich sind Bahn und Bus? Können sie noch besser werden? Kostenlos. www.germanwatch.org/klima/buvko09
- Hintergrundpapier: Erneuerbare Energien. Zum Stand der Vorbereitungen des IPCC-Sonderberichts über Erneuerbare Energien. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/ee09
- Hintergrundpapier: CO₂-Abscheidung und -Lagerung (CCS) in Deutschland. 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/ccsdeu09
- Hintergrundpapier: Quellen internationaler Klimafinanzierung. Eine kriterienbasierte Analyse der im UNFCCC-Rahmen diskutierten Optionen. Zusammenfassung (dt.) kostenlos, Langfassung (engl.) 5 Euro. www.germanwatch.org/klima/fundso09
- Germanwatch-Flyer „Hinsehen, analysieren, einmischen“. Kostenlos. www.germanwatch.org/gwselbst/gw-flyer

Die hier gelisteten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung:

versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Tanja Dückers

Autorin, Literaturwissenschaftlerin und Journalistin aus Berlin

Germanwatch ist eine sehr wichtige Initiative, der man gar nicht genug Aufmerksamkeit wünschen kann. Wer sonst informiert so kompetent und verlässlich über Themen wie Klimaschutz, Unternehmensverantwortung, Entwicklungspolitik, Welthandel und Ernährung? Und zwar nach der Maxime, was zukunftsorientiert ist – im Sinne von sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig? Das ist eine Leitlinie, die für uns alle höchste Relevanz besitzen sollte.